

Axel Schönberger (Berlin)

## Portugals Übergang zur Rechtsstaatlichkeit: Entstehung und Entwicklung der Verfassung der Republik<sup>1</sup>

### Das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit im vorrevolutionären Portugal

Portugal ist bezüglich seiner verfassungsrechtlichen Entwicklung ein Sonderfall in Westeuropa. Mit der provisorischen Verfassung vom 23. September 1822 wurde der Absolutismus durch die konstitutionelle Monarchie abgelöst, die — mit der mehrfach geänderten *Carta Constitucional* vom 29. April 1826 und der Verfassung vom 4. April 1838<sup>2</sup> — bis 1910 Bestand hatte.<sup>3</sup> Auf die chaotischen Wirren der Ersten Republik (1910-1926), deren mehrfach geänderte Verfassung vom 21. August 1911<sup>4</sup> nur kurze Zeit in Kraft war, folgte ein Militärputsch, welcher den diktatorischen, korporativ verfaßten *Estado Novo* begründete, dessen von António de Oliveira Salazar ausgearbeitete Verfassung 1933 vom damals stimmberechtigten Teil der Bevölkerung — 1 299 054 Stimmberechtigte von ca. vier Millionen Erwachsenen — in einer Volksabstimmung mit angeblich fast allen Stimmen — Stimmenthaltungen zählten als Ja-Stimmen — angenommen und am 19. März 1933 in Kraft gesetzt wurde.<sup>5</sup> Verfassungsgeber (*pouvoir constituant*) war aber faktisch nicht das Volk, sondern die auf das Militär gestützte Regierung, so daß es sich um eine oktroyierte Verfassung handelte, «deren anfängliche Illegitimität — durch eine jahrzehntelange konkludente Zustimmung und durch den 'Eintritt' des Volkes als Träger der verfassungsgebenden Gewalt geheilt» wurde (Thomashausen 1981: 40). Rechtsstaatlichkeit im Sinne des vom Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland entwickelten materiellen Rechtsstaatsbegriffs war ebensowenig gegeben wie rein formale Rechtsstaatlichkeit, da wesentliche Elemente fehlten; unter anderem war der Grundsatz der Gesetzesbindung (Legalitätsprinzip) teilweise aufgehoben, es galt keine uneingeschränkte Normenhierarchie, wie

---

<sup>1</sup> Für verschiedene Hinweise danke ich Anette Gärtner (Bonn), Sybille Große (Potsdam), Uwe Joachim Kirchhoff (Bonn), Dierk Schlosshan (Leipzig) und Sascha Trageser (Mühlheim).

<sup>2</sup> Alle Verfassungstexte und Änderungen bei Miranda (<sup>2</sup>1984a: 11-192).

<sup>3</sup> Vgl. Schönberger (1997).

<sup>4</sup> Text und Änderungen bei Miranda (<sup>2</sup>1984a: 195-247).

<sup>5</sup> Vgl. Briesemeister (1997a und 1997b). Originaltext und Änderungen des als Verfassung vom 11. April 1933 bezeichneten Grundgesetzes bei Miranda (<sup>2</sup>1984a: 251-398).

sie von der Wiener Schule als wesentlich für einen Rechtsstaat herausgearbeitet wurde, der Grundsatz der Gewaltenteilung fand in der Verfassungswirklichkeit keine Anwendung und war auch im Verfassungstext nur teilweise verankert. Faktischer Gesetzgeber war die Regierung, die Nationalversammlung hatte zwar ein Widerspruchsrecht, nutzte es aber kaum; dieser Zustand wurde durch die Verfassungsänderung von 1945 festgeschrieben und diente auch der Verfassung von 1976 als Vorbild. Auch die Notstandsgesetzgebung stärkte faktisch die Macht der Regierung. Fast uneingeschränkte Macht lag in den Händen des Ministerpräsidenten, den höchstens der Staatspräsident hätte kontrollieren können; dieser wurde wiederum seit 1958 durch ein Wahlkollegium, das sich aus Abgeordneten der Nationalversammlung und der Korporativkammer<sup>6</sup> zusammensetzte, gewählt, auf dessen Zusammensetzung der Ministerpräsident letztlich entscheidenden Einfluß ausüben konnte. Die Befugnisse der Legislative waren insgesamt sehr eingeschränkt, die der Exekutive in der Verfassungswirklichkeit außerordentlich stark, die Judikative von der Exekutive abhängig. Obwohl offiziell die Nationalversammlung für Verfassungsänderungen zuständig war und die Verfassung des *Estado Novo* auch mehrmals änderte, muß als faktischer verfassungsändernder Gesetzgeber (*pouvoir constitué* in einem weiteren Sinne) der Ministerpräsident gelten. Wesentliche Grundrechte im Sinne des heutigen europäischen Wertekonsenses waren nicht gewährleistet, das Gebot des Vertrauensschutzes bestand nicht, sogar das Rückwirkungsverbot wurde bei der strafrechtlichen Verfolgung kommunistischer Widerstandskämpfer außer Kraft gesetzt. Obwohl davon ausgegangen wird, daß die Verfassung des *Estado Novo* faktisch im Laufe der Zeit von einer Mehrheit der Bevölkerung angenommen worden sei, scheint es doch zweifelhaft, das Ausbleiben einer Revolution oder eines wirksamen Volksprotestes — wie im obigen Zitat von Thomashausen ausgeführt — als heilende Zustimmung durch konkludentes Verhalten zu werten, da das Risiko oppositioneller Tätigkeit unter den Bedingungen der Diktatur für den einzelnen sehr groß war und die nicht wenigen Putschversuche vor 1974 dank des effizienten Überwachungsapparates alle niedergeschlagen wurden.

Salazars Nachfolger Marcelo Caetano (1968-1974) versuchte den *Estado Novo* zu reformieren und modernisieren. Erst nach Salazars Unfall (1968), der zu seiner Regierungsunfähigkeit geführt hatte, zeigte sich allerdings, wie sehr der *Estado Novo* in der Verfassungswirklichkeit auf seine Person zugeschnitten gewesen war und daß nach dem Ausfall des «Führers» ein sich beschleunigender Zerfall der Strukturen einsetzte. Die beiden größten Wirtschaftskartelle des Landes, die CUF und die Champalimaud-Gruppe, setzten auf General Spínola, den Schwiegersohn Champalimauds, und finanzierten dessen Buch *Portugal e o Futuro*, das am 23. Februar 1974

---

<sup>6</sup> Vgl. Briesemeister (1997b).

erschien und als Auftakt zur Revolution angesehen werden kann. Eine Vielzahl mittlerer Offiziere fühlte sich durch eine Änderung der Beförderungsrichtlinien benachteiligt, schloß sich zusammen, politisierte und radikalisierte sich vor allem unter dem Einfluß zweier Offiziere, die der Kommunistischen Partei Portugals angehörten, Major Melo Antunes und Oberst Vasco Gonçalves. Als ein Teil der Armee am 25. April 1974 putschte, zeigte sich schnell, wie brüchig die Macht des alten Systems geworden war, und der *Estado Novo* brach ohne nennenswerten Widerstand zusammen.<sup>7</sup>

### Der verfassungsrechtliche Schwebезustand der ersten Revolutionswochen

Es stellt sich die Frage, wie die Revolutionszeit verfassungsrechtlich zu bewerten ist. Diese Frage muß auch unabhängig davon gesehen werden, wie der Zustand nach der Verfassungsänderung von 1982 ex post bewertet wurde. In der Literatur gibt es hierzu verschiedene Auffassungen, die im wesentlichen auf zwei gegensätzliche Positionen hinauslaufen:

1. Die Machtergreifung der Bewegung der Streitkräfte (*Movimento das Forças Armadas*, MFA) sei unter Bruch der bestehenden Verfassung erfolgt; hierdurch sei diese auch ohne ausdrückliche Abrogation automatisch außer Kraft gesetzt worden (Miranda 1975).
2. Es habe in der kurzen Zeitspanne vom 25. April bis zum 14. Mai 1974 einen verfassungsrechtlichen Schwebезustand gegeben, in welchem eine teilweise Derogation der alten Verfassung stattgefunden habe, ohne daß ein Verfassungsgeber eine neue Verfassung in Kraft setzte. Kennzeichnend für diese Zeit sei, daß das faktische Geschehen die alten Rechtsnormen zwar teilweise verdrängte, aber nicht völlig aufhob oder ersetzte (Thomashausen 1981).

Mit dem Verfassungsgesetz 1/74 vom 25. 4. 1974 wurden die Nationalversammlung und die Korporativkammer aufgelöst. Das Verfassungsgesetz 2/74 vom 14. Mai 1974 verfügte darüber hinaus deren Abschaffung. Erst das Verfassungsgesetz 3/74 vom 14. Mai 1974<sup>8</sup> klärte die verfassungsrechtliche Situation insofern, als die alte Verfassung in großen Teilen wieder in Kraft gesetzt bzw. bestätigt wurde. Es wurde verfügt, daß die alte Verfassung vorläufig weiter gelten sollte, soweit sie nicht zu den Grundsätzen des MFA-Programms<sup>9</sup> und zu den Bestimmungen der drei angeführten Verfassungs-

---

<sup>7</sup> Vgl. von Rahden (1997).

<sup>8</sup> Text in deutscher Übersetzung bei Thomashausen (1981: 343-350).

<sup>9</sup> Text in deutscher Übersetzung bei Thomashausen (1981: 350-354).

gesetze in Widerspruch stünde bzw. durch diese widerrufen worden sei. Damit wurde das alte Recht mit Wirkung *ex nunc* am 14. Mai 1974 von den Revolutionären übernommen. Die «Machtübergabe» an General Spínola, die Ministerpräsident Marcelo Caetano am 25. April 1974 unter dem Eindruck der Ereignisse in einem formellen Akt vollzog, war schon deshalb verfassungsrechtlich folgenlos, weil nach der alten Verfassung formal lediglich der Staatspräsident und im Verhinderungsfall der Präsident der Nationalversammlung, nicht aber der faktisch mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Ministerpräsident über die Regierungsgewalt verfügen konnte.

### **Die provisorische Verfassung vom 14. Mai 1974**

Die von der militärischen «Junta der Nationalen Errettung» (*Junta de Salvação Nacional*, JSN) mit dem Gesetz Nr. 3/74 vom 14. Mai 1974<sup>10</sup> verkündete provisorische Verfassung verfügte in Art. 1 (Verfassungsnormen):

1. Die politische Verfassung von 1933 bleibt vorübergehend in Kraft, soweit ihr nicht die im Programm der Bewegung der Streitkräfte, dessen authentischer Text im Anhang als vollwertiger Bestandteil dieses Gesetzes wiedergegeben wird, niedergelegten Grundsätze zuwiderlaufen.
2. In gleicher Weise gilt die politische Verfassung von 1933 in all den Punkten als widerrufen, die in Widerspruch stehen zu den Bestimmungen der Verfassungsgesetze Nr. 1/74 vom 25. April und Nr. 2/74 vom 14. Mai sowie des vorliegenden Gesetzes, oder künftiger Verfassungsgesetze, die auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzes verkündet werden, in Ausübung der Machtbefugnisse, die infolge der Bewegung der Streitkräfte übernommen wurden.
3. Die fortgeltenden Bestimmungen der politischen Verfassung von 1933 sind im Einklang mit den im Programm der Bewegung der Streitkräfte zum Ausdruck kommenden Grundsätzen auszulegen, die Rechtslücken der politischen Verfassung von 1933 sind ebenfalls im Einklang mit den genannten Grundsätzen auszufüllen. (Thomashausen 1981: 343).

Als Verfassungsgeber trat somit die Militärjunta auf. Verfassungsändernder Gesetzgeber war ein in Art. 12 definierter, aus 21 Personen bestehender Staatsrat, dem die sieben Mitglieder der Junta der Nationalen Errettung (Art. 9-11) angehörten. Die weitreichenden Befugnisse des Staatsrats wurden in Art. 13 definiert. Die auf den ersten Blick machtvolle Rolle des Präsidenten der Republik (Art. 6-7) war insofern relativ schwach, als Art. 8 verfügte, daß fast alle seine Maßnahmen der Gegenzeichnung entweder durch den Premierminister oder aber die zuständigen Fachminister bedurften und ohne diese keine Rechtskraft erlangen konnten. Von der Gegenzeichnung ausgenommen waren:

<sup>10</sup> In einzelnen Punkten wurde dieses Gesetz durch das Gesetz 5/74 vom 12. Juli 1974 geändert bzw. erweitert; den Text des Gesetzes gibt Thomashausen (1981: 354-355) auf deutsch wieder.

- die Ernennung und Entlassung der Mitglieder der provisorischen Regierung;
- ein evtl. Amtsrücktritt als einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung;
- die Verkündung der Verfassungsgesetze und Beschlüsse des Staatsrates (Art. 8 Abs. 2).

Deutlich wirkt hier die Tradition des *Estado Novo* nach. Gemäß Art. 5 war das Staatsoberhaupt aus den Reihen der siebenköpfigen Junta zur Nationalen Errettung von dieser selbst zu wählen.

Als Hoheitsorgane bezeichnet Art. 2 der provisorischen Verfassung neben dem Präsidenten der Republik, der Junta der Nationalen Errettung und dem Staatsrat die Verfassungsgebende Versammlung, die provisorische Regierung und die Gerichte. Die Mitglieder der provisorischen Regierung wurden vom Präsidenten der Republik ernannt (Art. 7 Abs. 3). Die Verfassungsgebende Versammlung wurde in Art. 3 definiert; ihr kam die Aufgabe zu, eine neue Verfassung auszuarbeiten und zu billigen. Die Vorbereitung der Wahl der Abgeordneten zur Verfassungsgebenden Versammlung wurde in Art. 4 geregelt.

Art. 14-16 beinhalten Zusammensetzung, Bildung, Verantwortung und Befugnisse der provisorischen Regierung, Art. 17 das Kollegialitätsprinzip des zur Ausführung des MFA-Programms verpflichteten (Art. 17 Abs. 1) Kabinetts, Art. 18 die Ausübung der richterlichen Gewalt, die ausschließlich bei den Gerichten und den Militärgerichten liegen sollte, wobei Sondergerichte verboten wurden. Die Hierarchie der Streitkräfte wurde in den Art. 19-21 festgelegt. Art. 22 richtete einen Obersten Rat der Nationalen Verteidigung ein, Art. 23 regelte die Rechtsstellung der Generalgouverneure und der Gouverneure der als «Überseeprovinzen» bezeichneten Kolonien, und Art. 24 bestimmte als Geltungsdauer, daß die provisorische Verfassung ex nunc bis zur Annahme der neuen Verfassung und dem Amtsantritt der von ihr vorzusehenden Verfassungsorgane Gültigkeit haben sollte. Damit wurden wesentliche Forderungen des Programms der Bewegung der Streitkräfte, auf welches das Gesetz 3/74 ja auch bezogen ist, bereits wenige Wochen nach der Revolution erfüllt. Das Programm der Streitkräfte enthielt eine Reihe von Grundsätzen — Abschaffung der Zensur, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Meinungs- und Gedankenfreiheit in jeder Form, Abschaffung von Sondergerichten, Herstellung rechtsstaatlicher Strafgerichtsbarkeit, Auflösung verschiedener Strukturen des *Estado Novo* —, deren Intention eindeutig auf die Abschaffung der Diktatur und die Errichtung einer Demokratie nach westeuropäischem Muster zielte. Bemerkenswert ist insbesondere die weitgehende Selbstbindung, welche die faktisch mit allen Vollmachten ausgestattete Junta der Nationalen Errettung durch das Gesetz 3/74 zunächst verkündete.

Die Verfassungswirklichkeit entfernte sich in der Folge allerdings immer weiter von diesen Vorgaben. Die politische Lage radikalisierte sich,<sup>11</sup> und es erwies sich als verhängnisvoller Konstruktionsfehler der provisorischen Verfassung, daß der Bewegung der Streitkräfte, auf welche die Junta der Nationalen Errettung ihre Macht stützte, zwar weitgehende Kompetenzen eingeräumt wurden, diese aber keine bindende Selbstverpflichtung zur Einhaltung der provisorischen Verfassung abgegeben hatte.

### **Die provisorische Verfassung in den Revolutionswirren vom 14. Mai 1974 bis zum 14. März 1975**

Im genannten Zeitraum fand in der Verfassungswirklichkeit eine Übertragung der tatsächlichen Exekutivgewalt von den vorgesehenen Verfassungsorganen auf die Bewegung der Streitkräfte statt. Nach Art. 12 Abs. 1b der provisorischen Verfassung gehörten sieben Vertreter des MFA dem Staatsrat an. Dieser sogenannte «Programmkoordinierungsausschuß des MFA» bildete einen entscheidenden Hebel für die Machtergreifung der Bewegung der Streitkräfte.

Bereits Ende April 1974 kam es zu einer unkontrollierten Aufweichung der Staatsmacht und zu chaotischen Verhältnissen (illegale Hausbesetzungen, Demonstrationen gegen Militäraktionen, Streikwellen, Inflation nach jahrzehntelanger Stabilität, Lohnerhöhungen, Rückgang der Deviseneinnahmen, politische Säuberungswellen der neuen Machthaber). Die Offiziere des MFA traten zunehmend selbstbewußter auf und setzten im Staatsrat das Verfassungsgesetz 4/74 vom 1. Juli 1974 durch, welches einen «Rat der Generalstäbe der Streitkräfte» errichtete; aus späterer Sicht stellt sich diese Änderung als wesentliche Vorbereitung zur Machtergreifung des MFA dar.

Am Widerstand verschiedener Interessengruppen scheiterte am 5. Juli 1974 der Versuch des Staatspräsidenten António de Spínola, ein Verfassungsgesetz einzubringen und sofortige Präsidentenwahlen zu ermöglichen. Seine Niederlage führte zum Rücktritt des Premierministers und vier weiterer Minister, die Spínola unterstützt hatten. Es kam zur Bildung der zweiten provisorischen Regierung (18. Juli 1974), welcher die Kommunisten Oberst Vasco Gonçalves als Premierminister und Hauptmann Costa Martins als Arbeitsminister angehörten. Durch die Regierungsumbildung gelangten weitere Vertreter des MFA in die von der provisorischen Verfassung vorgesehenen Verfassungsorgane.

Am 12. Juli 1974 wurde der «bewaffnete Arm des MFA», sozusagen der «Generalstab», der unter Leitung des Majors Otelo Saraiva de Carvalho die

---

<sup>11</sup> Zu Einzelheiten siehe von Rahden (1997).

Revolution logistisch geplant und geleitet hatte, als *Comando Operacional do Continente* (COPCON) legalisiert. Die Leitung wurde dem zum Brigadegeneral beförderten Major übertragen, der gleichzeitig weitere militärische Machtbefugnisse erhielt. Das unmittelbar dem Chef des Obersten Generalstabs verantwortliche COPCON entwickelte sich zu einer Art «Revolutionspolizei», deren Aufgaben ihr Leiter darin sah, «reaktionäre Elemente», welche durch die Organe der Exekutive des erst im Aufbau befindlichen Rechtsstaats ohne richterlichen Haftbefehl nicht festgesetzt werden konnten, im Schnellverfahren zu verhaften, um so die Fortsetzung des revolutionären Prozesses sichern zu können.<sup>12</sup> Aus rechtsstaatlicher und verfassungsrechtlicher Sicht ist die Einrichtung des COPCON als entscheidender Wendepunkt zu betrachten, an dem der MFA faktisch die ursprünglich zumindest in offiziellen Verlautbarungen genannten Ziele aufgab und die Herstellung einer neuen, den Rechtsstaat negierenden Gewaltherrschaft anstrebte. Die am 8. Juli 1974 zusätzlich verfügte Einrichtung von Personalräten der Streitkräfte mit weitreichenden Befugnissen weitete den Einfluß des MFA auf die gesamte Militärhierarchie aus.

Als Staatspräsident Spínola für den 28. September 1974 zu einer Massendemonstration in Lissabon aufrief, um sich ein plebiszitäres Mandat (auch zur Beendigung der im Zuge der zu schnellen Entkolonialisierung vorkommenden Massenmorde in den ehemaligen Kolonien) verleihen zu lassen, gaben die Kommunistische Partei (PCP) und der COPCON erstmals zu erkennen, daß sie die wahre Macht im Lande ausübten, und verhinderten unter anderem durch Straßensperren wirkungsvoll das Zustandekommen einer entsprechenden Kundgebung. Darüber hinaus verhaftete der COPCON ohne jegliche Rechtsgrundlage über 300 Personen als angebliche Anführer eines Putschversuches vom 28. September, darunter viele Förderer und Freunde Spínolas. Als diesem von allen zuständigen Organen der provisorischen Verfassung dennoch die Verhängung des Staatsnotstandes nicht gestattet wurde, trat er am 30. September 1974 zurück. Dies bedeutete einen einschneidenden Wendepunkt.

In Form eines Verfassungsbruchs übernahm der Chef des Obersten Generalstabs, General Costa Gomes, am 30. September 1974 das Amt des Staatspräsidenten; vier Posten der Junta der Nationalen Errettung wurden neu besetzt. Von einer Verfassungsmäßigkeit dieser Amtsübernahme kann nicht ausgegangen werden, da die entsprechenden Bestimmungen der provisorischen Verfassung grob verletzt wurden; streitig ist, ob dieser Verfassungsbruch durch spätere stillschweigende Zustimmung der zuständigen Verfassungsorgane geheilt worden sei. Eine nachträgliche formale

---

<sup>12</sup> Vgl. *Expresso*, 17. Dezember 1975, S. 11.

Sanktion des Verfassungsbruchs erfolgte jedenfalls nicht, die einschlägigen Verfassungsbestimmungen, die dieser Form der Machtübernahme entgegenstanden, blieben auch weiterhin in Kraft.

Die am 1. 10. 1974 gebildete dritte provisorische Regierung stand unter faktischer Kontrolle des MFA und wurde insbesondere von der Kommunistischen Partei unterstützt. Unter ihr erreichten die Säuberungswellen («saneamentos») einen ersten Höhepunkt. Zur Intensivierung des revolutionären Prozesses wurde im Oktober 1974 ein «Zentraler Dynamisierungsausschuß» (*Comissão Dinamizadora Central*, CODICE) gebildet und ein «Oberster Rat des MFA» (*Conselho Superior do MFA*), der «Rat der Zwanzig» (*Conselho dos Vinte*), eingerichtet, der in der Verfassungswirklichkeit oberstes Staatsorgan wurde und mit Ausnahme der zivilen Gerichtsbarkeit sämtliche Verfassungsorgane der militärischen Gewalt gleichschaltete. Gesetze wurden zunehmend auch vom Rat der Generalstäbe der Streitkräfte eingebracht, deren Mitglieder sowohl der Junta der Nationalen Errettung wie auch dem Rat der Zwanzig angehörten.

Die Militärgerichtsbarkeit war bereits vor Spínolas Rücktritt mit dem Gesetz 258/74 vom 15. Juni 1974 auch auf Zivilisten ausgeweitet worden. Bereits mit Gesetz 398/74 vom 28. 8. 1974 wurde in Militärstrafverfahren zusätzlich der Habeas Corpus-Schutz aufgehoben. Das Militärstrafgesetzbuch sah weder eine zeitliche Begrenzung der Untersuchungshaft noch Anhörungsfristen vor, die Strafkammern waren nicht mit Richtern, sondern mit aktiven Militärs besetzt. Die kurzfristig nach der Revolution in Gang gekommene Entwicklung zur Rechtsstaatlichkeit wurde so wieder zurückgenommen. Bereits im Oktober 1974 sollen sich zwischen 1000 und 2000 Personen ohne Rechtsgrundlage in Haft befunden haben (Thomashausen 1981: 98). Auch die Massenmedien wurden von den Militärs weitgehend gleichgeschaltet.

Der am 6. Dezember 1974 erstmalig konstituierte «Rat der Zweihundert», eine allgemeine Delegiertenversammlung des MFA, der nur Offiziere angehörten, erwies sich zunächst als loyal gegenüber den Machthabern. Geheime Wahlen zu den Personalräten der Streitkräfte und ein Umschlag der Mehrheitsmeinung im Rat der Zweihundert angesichts des immer engeren Zusammengehens des Rats der Zwanzig mit der Kommunistischen Partei führten aber dazu, daß Anfang März 1975 General Spínola wieder auf erhebliche Unterstützung von seiten der Streitkräfte rechnen konnte. Nach der Entlassung Angolas in die Unabhängigkeit wurde vom Rat der Zwanzig am 19. Februar 1975 das Verfassungsgesetz 3/75 durchgesetzt, das einer weitergehenden Mächtergreifung und dem Ausbau undemokratischer Strukturen den Weg ebnete.



### **Die Revolutionsverfassung vom 14. März 1975**

Aus heutiger Sicht scheint es wahrscheinlich, daß das bürgerliche Lager zu einer «Gegenrevolution» provoziert werden sollte, um die Revolution erst richtig etablieren und politische Gegner außer Gefecht setzen zu können. Auf die möglicherweise falsche Meldung, daß in der Nacht vom 12. auf den 13. März 1975 ca. 1500 Personen in einem «Ostergemetzel» liquidiert und eine «Diktatur des Proletariats» errichtet werden sollte, versuchten verschiedene Militärs unter Führung von General Spínola sowie offenbar mit stillschweigender Billigung des Staatspräsidenten Costa Gomes einen Putsch, der jedoch scheiterte. Spínola und eine Reihe seiner Anhänger flohen nach Spanien. Dies war der Auftakt für die eigentliche Revolution. Überall im Lande wurden politische Gegner der Kommunisten verhaftet, Banken, Versicherungen und Schlüsselindustrien wurden verstaatlicht, der Rat der Zweihundert und die alten Personalräte der Streitkräfte wurden aufgelöst, die Regierung umgebildet und ein Oberster Revolutionsrat, welcher die Junta der Nationalen Erlösung und den Staatsrat ersetzte, eingerichtet. Ein formal nicht gemäß den Bestimmungen der vorherigen Fassung der provisorischen Verfassung verkündetes Verfassungsgesetz 5/75 vom 14. März 1975, in dessen Präambel die Bewegung der Streitkräfte ihre «Institutionalisierung» verkündete, etablierte die neuen Normen.<sup>13</sup> Die Exekutive lag damit in den Händen des Revolutionsrates, der auch Träger der zuvor dem Staatsrat zukommenden verfassungsgebenden Gewalt wurde. Die Zusammensetzung des Revolutionsrates, dem unter anderem auch der Präsident der Republik angehörte, wurde in Art. 2 des Gesetzes geregelt. Der Premierminister sollte dem Revolutionsrat nur dann angehören, wenn auch er Mitglied der Streitkräfte sei. Außerdem wurde eine Generalversammlung der Bewegung der Streitkräfte errichtet.

Zunächst umfaßte der Revolutionsrat 25 Mitglieder, dann wurde er per nachträglicher Änderung des Gesetzes am 21. März um vier Mitglieder erweitert. Das vom Revolutionsrat verkündete Decreto-Lei Nr. 184-A/75 vom 3. April 1975<sup>14</sup> beschränkte die Generalversammlung der Bewegung der Streitkräfte auf im wesentlichen beratende Tätigkeit.

Am 26. März 1975 wurde die provisorische Verfassung durch das Verfassungsgesetz 6/75 erneut geändert und die vierte provisorische Regierung vereidigt. Die direkten und indirekten Verstaatlichungen führten binnen kurzer Zeit dazu, daß der Staat den Großteil der Wirtschaft des Landes kontrollierte, was wiederum eine in der portugiesischen Geschichte beispiellose Aufblähung des Staatsapparates zur Folge

---

<sup>13</sup> Text in deutscher Übersetzung in Thomashausen (1981: 356-358).

<sup>14</sup> Deutscher Text bei Thomashausen (1981: 358-359).

hatte. War die portugiesische Wirtschaft in den letzten Jahren des *Estado Novo* noch expandiert, so führte staatliche Mißwirtschaft und unternehmerisches Unvermögen der neuen Sachverwalter schnell zu maroden Strukturen und gigantischen Defiziten. Die alte Wirtschaftsordnung wurde in wenigen Monaten geradezu generalstabsmäßig zerschlagen. Vor allem im rückständigen, durch eine in Armut lebende und zu einem großen Teil damals noch nicht alphabetisierte Landbevölkerung geprägten Alentejo, wo es traditionell ausgedehnten Großgrundbesitz und keine nennenswerte Industrie gab, wurde eine Agrarreform durchgeführt, wobei unter der Führung der im Süden stark verwurzelten Kommunistischen Partei schon vor dem 11. März 1975 ca. 9000 Hektar Land gewaltsam enteignet worden waren. Als am 29. Juli 1975 ein Agrarreformgesetz in Kraft trat, waren bereits 500 000 Hektar Land illegal besetzt; bis zum Ende des Jahres 1975 verdoppelte sich diese Zahl noch. Trotz der Illegalität dieser Aktionen ist festzustellen, daß sich die Arbeitsbedingungen für die Bevölkerung des Alentejo tatsächlich verbesserten; in sog. «Kollektiven Produktionseinheiten» (*Unidades Colectivas de Produção*, UCP) konnten sie zu geregelter Bezahlung und fester Arbeitszeit arbeiten und waren nicht mehr der Willkür der Großgrundbesitzer ausgeliefert. Ein Großteil der Enteignungen wurde später allerdings wieder rückgängig gemacht.

Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die am 25. April 1975, ein Jahr nach dem Beginn der Nelkenrevolution, abgehalten wurden, erteilten die Wähler den bürgerlichen Parteien, die sich für eine parlamentarische Demokratie nach westeuropäischem Muster ausgesprochen hatten, ein eindeutiges Votum. Die Kommunisten kamen nur auf 16,6 % der Stimmen. Dennoch waren MFA und die Kommunistische Partei zunächst der Meinung, den Wahlsieger Mário Soares und seine Sozialistische Partei weitgehend von der Macht fernhalten zu können. Es kam zu ausgedehnten Bücherverbrennungen, schätzungsweise 300 Tonnen Bücher, darunter auch Klassiker der portugiesischen Literatur wie die *Lusiaden* des Camões, landeten auf dem Scheiterhaufen, weitere 40 Tonnen Archivbestände des Erziehungsministeriums wurden als Altpapier eingestampft. Die Massenmedien sollten unter noch wirksamere Kontrolle des MFA gebracht werden. Verhaftungen von Tausenden von Bürgern ohne Rechtsgrundlage sowie andere Formen der Willkür und sogar Folter waren im Sommer 1975 landesweit zu konstatieren («Bericht des Untersuchungsausschusses über Gewaltanwendungen an Gefangenen, die der Militärgewalt unterstellt waren, herausgegeben vom Präsidialamt, Belem, den 8. November 1976»<sup>15</sup>). Die Verfassungswirklichkeit entfernte sich immer weiter von der Leitlinie,

---

<sup>15</sup> Text in deutscher Übersetzung bei Thomashausen (1981: 476-481).

auf welche sich die provisorische Verfassung in ihrer Selbstbindung eigentlich festgelegt hatte.

Auf Druck des Revolutionsrates wurden die am verfassungsgebenden Prozeß beteiligten Parteien gezwungen, ein maßgeblich von der Kommunistischen Partei erarbeitetes Manifest als «Verfassungsplattform zwischen der Bewegung der Streitkräfte und den politischen Parteien» zu unterschreiben, das am 11. April 1975 verkündet wurde und nach dem Willen seiner Initiatoren die Verfassungsgebung entscheidend beeinflussen sollte.<sup>16</sup> Da die Bestimmungen dieses ersten Textes, der unter anderem auf eine Vorwegnahme des künftigen Regierungssystems und die Stellung der Streitkräfte zielte, letztlich nicht in die spätere Verfassung eingingen, kann im Rahmen dieses kurzen Abrisses auf eine Wiedergabe verzichtet werden; es wäre im Falle der Realisierung zu einem präsidentialen Militärregime gekommen, das weder rechtsstaatlich noch demokratisch verfaßt gewesen wäre.

Zwar wurde versucht, eine Institutionalisierung einer Revolution von oben in der Verfassung zu verankern, letztendlich blieb es aber dabei, daß die Wähler in freien Wahlen über die Verfassung abstimmen sollten und eine demokratisch legitimierte Verfassungsgebende Versammlung die neue Verfassung erarbeiten sollte. Die Eigendynamik, die sich aus dem Wählerverhalten und den politischen Strategien der gewählten Parteien ergab, erwies sich als stärker als der Versuch, eine «Revolution von oben» durchzuführen. Zutreffend analysiert Thomashausen (1981: 119-120) die damalige Lage:

Die Verfassungswirklichkeit der Revolutionsverfassung war daher geprägt von der Konkurrenz zwischen demokratischer und sozialistischer Legitimität. Aus der Sicht der Befürworter einer avantgardistisch-sozialistischen Revolution stellte sich die Zulassung freier Wahlen im Tausch gegen die verfassungsmäßige Verankerung der Revolutionsprinzipien und der revolutionären Organe als entscheidender Fehler dar. Er beruhte auf einer Überschätzung der normativen Kraft von geschriebenen Verfassungsbestimmungen und der Leistungsfähigkeit der traditionellen kommunistischen Bündnisstrategie. Der «Fehler» der sozialistischen Revolution in Portugal, der letztlich den Sieg der bürgerlich-demokratischen Herrschaftslegitimation ermöglichte, ist auf die Angst des MFA vor den Folgen einer unbeschränkten und gewaltsamen Oktroyierung der Revolution zurückzuführen.

Die Ereignisse des Jahres 1975 und die zunehmende Radikalisierung der Revolution führten schließlich zu einer Spaltung der Bewegung der Streitkräfte, welche das Ende der Revolutionsverfassung zur Folge hatte. Erste bürgerliche Gegenbewegungstendenzen innerhalb der Streitkräfte waren bereits in dem «Politischen Aktionsplan» der Generalversammlung des MFA vom 19. Juni 1975 erkennbar geworden, das «Dokument der Neun» vom 7. August 1975, das einen Tag vor der

---

<sup>16</sup> Deutsche Übersetzung des Textes bei Thomashausen (1981: 359-366).

Bildung der provisorischen fünften Regierung durch die Kommunisten dem Staatspräsidenten, General Costa Gomes, übergeben wurde, und der wachsende Einfluß rechtsgerichteter Kräfte im Militär unter Führung von Major Ramalho Eanes schwächten den bereits in Gang gebrachten revolutionären Prozeß beträchtlich.

Der Gruppe der «Neun» gelang es, eine Delegiertenversammlung des Heeres in Mafra am 23. und 24. Juli 1975 von der mangelnden demokratischen Legitimation des MFA zu überzeugen und Beschlüsse fassen zu lassen, welche in der Folge in großen Teilen der Streitmächte Unterstützung fanden. Daraufhin löste sich die Generalversammlung des MFA am 25. Juli — trotz eines Beschlusses des Revolutionsrats vom 16. Juli, der ihr weitere Sitzungen verbot — selbst auf, übertrug aber vorher sämtliche verfassungsgebende Befugnisse des Revolutionsrates einem Direktorium; diesem «Triumvirat» sollten Staatspräsident Costa Gomes, Premierminister Vasco Gonçalves und der COPCON-Oberbefehlshaber Otelo Saraiva de Carvalho angehören. Der Revolutionsrat akzeptierte überraschend nicht nur diesen Beschluß der Generalversammlung des MFA, sondern erklärte sich am 30. Juli 1975 selbst zum Konsultativorgan des neuen Direktoriums. Dieses blieb aber faktisch bedeutungslos und vermochte nicht, sich gegen den Revolutionsrat durchzusetzen; bereits am 25. August 1975 faßte es seinen letzten Beschluß. Am 29. August wurde es vom Revolutionsrat wieder entmachtet.

Am 5. September 1975 beschloß die Generalversammlung des MFA während ihrer Tagung auf dem Luftwaffenstützpunkt Tancos eine Verringerung der Zahl der Mitglieder des Revolutionsrates von 29 auf 21; acht Mitglieder wurden von ihr direkt abgewählt. Die Gruppe der «Neun» sorgte dafür, daß der Revolutionsrat weiter auf 19 Mitglieder verringert wurde, wobei durch personellen Austausch dreier weiterer Mitglieder eine Mehrheit für die Gruppe der «Neun» gesichert wurde. Die am 19. September vereidigte sechste provisorische Regierung stand wesentlich unter dem Einfluß der «Neun» und der Sozialistischen Partei; die Kommunisten stellten nur noch einen Minister. Unmittelbar nach ihrer Amtsaufnahme flammten im ganzen Lande bürgerkriegsähnliche Konflikte, in deren Verlauf der neue Premierminister Admiral Pinheiro de Azevedo unter anderem auch am 7. November 1975 die Sendeanlagen des 'Revolutionssenders' *Rádio Renascença* sprengen ließ. Die Verfassungsgebende Versammlung, die vom 2. Juni 1975 bis zum 2. April 1976 in insgesamt 132 Plenarsitzungen und 327 Ausschusssitzungen tagte,<sup>17</sup> sah sich durch großangelegte Demonstrationen unter erheblichen Druck gesetzt. Vom 11. bis zum 27. November 1975 gab es militärische Auseinandersetzungen zwischen «rechten» und «linken» Kräften innerhalb der Streitkräfte, welche zur weitgehenden Entmachtung der «linken» Militärs führten, wenn auch Major Melo Antunes, einer der

<sup>17</sup> Zur Dokumentation ihrer Arbeit siehe die umfangreiche Materialsammlung von Miranda (1978b).

«Neun», unter dem Eindruck der Ereignisse eine Kehrtwendung vollzog und zum Sympathisanten der Kommunistischen Partei wurde. Während dieser Wirren erreichten die Kommunisten trotz ihrer innenpolitischen Niederlagen mit der internationalen Anerkennung der Volksrepublik Angola unter der sozialistischen MPLA-Regierung im November 1975 eines ihrer wichtigsten außenpolitischen Ziele.

Nach der Niederschlagung des «linken Aufstandes» vom 25. November 1975 wurden die Führer des MFA entmachtet, die «revolutionären Strukturen» innerhalb der Streitkräfte zerschlagen. Das Verfassungsgesetz Nr. 17/75 vom 26. Dezember 1975<sup>18</sup> bedeutete — trotz immer noch vorhandener revolutionärer Rhetorik — den Anfang vom Ende der Revolution.

### **Die Verfassung der Republik Portugal vom 2. April 1976**

Treibende Kraft der Verfassungsgebenden Versammlung war die gemäß Wählervotum stärkste Partei, die in enger Verbindung zu den deutschen Sozialdemokraten und den französischen Sozialisten stehende Sozialistische Partei Portugals, ohne die eine Mehrheitsbildung praktisch ausgeschlossen war. Die Verfassungsplattform zwischen den Bewegungen der Streitkräfte und den politischen Parteien wurde in einem zweiten Pakt vom 26. Februar 1976 wesentlich modifiziert,<sup>19</sup> so daß der Errichtung einer parlamentarischen Demokratie keine unüberwindbaren Widerstände mehr entgegenstanden. Die Grundrechte der neuen Verfassung orientierten sich im wesentlichen am Grundrechtskatalog des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, während die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1968 den Paragraphen über die Wirtschaftsordnung als Vorbild diente. Die verfassungsrechtliche Verankerung der Rolle der Opposition erfolgte in Anlehnung an das englische Recht, ein «Ombudsman für das Rechtswesen» wurde den skandinavischen Verfassungen entnommen, verschiedene Paragraphen zur politischen Rolle des Militärs machten Anleihen bei der peruanischen Verfassung. Unter anderem lagen auch Einflüsse der italienischen, französischen und der Weimarer Verfassung vor (vgl. Piçarra 1994). Am 2. April 1976 trat die neue, 312 Artikel umfassende Verfassung dann mit ihrer Verkündung in Kraft.<sup>20</sup> Sie war durch ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie bei gleichzeitiger Beibehaltung verschiedener Ziele und Einrichtungen der Revolution (z. B. Agrarreform, Revolutionsrat) gekennzeichnet.

---

<sup>18</sup> Deutscher Text in Thomashausen (1981: 374-377).

<sup>19</sup> Deutscher Text bei Thomashausen (1981: 377-384).

<sup>20</sup> Text in deutscher Übersetzung bei Thomashausen (1981: 384-476).

Hoheitsorgane der neuen Republik waren der Präsident der Republik als Staatsoberhaupt, der Revolutionsrat, die in allgemeiner, freier, unmittelbarer und geheimer Verhältniswahl zu wählende Versammlung der Republik, die Regierung und die Gerichte (Art. 113). Die Legislative lag im allgemeinen in der Zuständigkeit der Versammlung der Republik (Art. 164d, 167 Abs. 1) mit Ausnahme militärischer Angelegenheiten, für die der nicht gewählte Revolutionsrat zuständig war (Art. 148), an dessen Spitze allerdings der gewählte Staatspräsident stand. Analog zu der Verfassung von 1933 hatte die vom Präsidenten ernannte Regierung eine eigene, originäre Gesetzgebungskompetenz (Art. 201), die sie durch Gesetzesverordnungen wahrnahm, die lediglich der nachträglichen Ratifizierung durch das Parlament bedurften (Art. 172). Ein suspensives Vetorecht verblieb beim Präsidenten der Republik (Art. 139).

Die Exekutive verteilte sich auf den Präsidenten der Republik und die Regierung, die zwar vom Präsidenten ernannt wurde (Art. 136f), aber vom Vertrauen der Versammlung der Republik abhängig war (Art. 195, 197-198). Eine Auflösung der Versammlung der Republik durch den Präsidenten war nur in wenigen Fällen gestattet (Art. 136e, 175 und 198 Abs. 2-3). Wichtige Entscheidungen des Präsidenten der Republik mußten, um in Kraft treten zu können, von der Regierung gegengezeichnet werden (Art. 141); eine eingeschränkte Richtlinienkompetenz lag beim Ministerpräsidenten (Art. 192, 194 und 204). Die Militärverwaltung blieb direkt dem Revolutionsrat (Art. 148) und dem Präsidenten der Republik als Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Art. 123) unterstellt.

Die Judikative wurde nicht eigens in der Verfassung genannt. Für die präventiv-abstrakte Normenkontrolle (Art. 146a, 288 und 278), die abstrakte Normenkontrolle auf Antrag eines Organs (Art. 281), die Erteilung von Gesetzgebungsempfehlungen bei verfassungswidriger Untätigkeit von Hoheitsorganen (Art. 279) und die allgemeinverbindliche Erklärung der Verfassungswidrigkeit von Normen, die in einem konkreten Normenkontrollverfahren für verfassungswidrig befunden wurden (Art. 281 Abs. 3), war der Revolutionsrat zuständig (vgl. Thomashausen 1981: 212-213). Das Initiativrecht der Präsidentenanklage (Art. 133 Abs. 2) und die Entscheidungskompetenz über die Amtsunfähigkeit des Staatsoberhauptes (Art. 145e) lag beim Revolutionsrat. Hielt ein Verfahrensbeteiligter die Anwendung einer Rechtsnorm für verfassungswidrig, so konnte er kein Normenkontrollverfahren einleiten; nur wenn ein Gericht eine Rechtsnorm für verfassungswidrig erachtete und daher deren Anwendung verweigerte, konnte ein konkretes Normenkontrollverfahren eingeleitet

werden (Art. 207, 282), eine Regelung, die Portugal im übrigen als erster europäischer Staat bereits in der Verfassung von 1911 eingeführt hatte.<sup>21</sup>

Während Portugal als Einheitsstaat definiert wurde (Art. 6), erhielten die «selbständigen Regionen» (Art. 6 Abs. II) Azoren und Madeira gewisse eigene Kompetenzen (unter anderem Steuerhoheit, partielle Rechtsetzungsgewalt; vgl. Art. 30, 229, 235; vgl. auch Amaral 1993).

Beachtlich ist die in Art. 2 niedergelegte Staatszielbestimmung, die noch in Teilen dem Gedankengut der Revolution verpflichtet war:

Die Republik Portugal ist ein demokratischer Staat auf der Grundlage der Volksherrschaft, der Achtung und Gewährleistung der Grundrechte und Grundfreiheiten, des Meinungsppluralismus sowie des Pluralismus der demokratischen, politischen Ordnung, dessen Ziel es ist, den Übergang zum Sozialismus durch die Schaffung jener Voraussetzungen zu gewährleisten, die eine demokratische Ausübung der Macht durch die Werktätigen ermöglichen.<sup>22</sup>

Tatsächlich finden sich in den Regelungen des Eigentums- und Wirtschaftsrechts eine Reihe von Passagen, welche auf die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft zielten;<sup>23</sup> in der Verfassungswirklichkeit allerdings erwiesen sich derartige Bestimmungen als praktisch bedeutungslos. Der Versuch, mittels der Verfassung die kapitalistische Wirtschaftsform in eine sozialistische Produktionsweise zu überführen, ist in der Verfassungswirklichkeit vollständig gescheitert. Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten wurden aber beträchtlich gestärkt, die Tarifautonomie prinzipiell, wenn auch mit wesentlichen Einschränkungen, die zum Teil auch durch spätere Gesetze vorgenommen wurden, garantiert. Auf Einzelheiten der nur wenige Jahre später bereits revidierten Verfassung soll hier nicht weiter eingegangen werden;<sup>24</sup> es ist aber auf die historische Bedeutung dieser Verfassung hinzuweisen, welche die Verfassung des *Estado Novo* aus dem Jahre 1933 ablöste und die Grundlage für eine demokratische Entwicklung der portugiesischen Gesellschaft bot. Die *ursprünglich* bekanntgegebenen Ziele der Militärerhebung — Schaffung einer neuen Verfassung, Beendigung des Kolonialkriegs, Einführung der Demokratie — wurden tatsächlich alle erreicht. Es sollte nicht übersehen werden, daß die Verfassung von 1976 trotz aller Schwächen ein trag-

<sup>21</sup> Vgl. Miranda (21984a: 195-247).

<sup>22</sup> Originaltext bei Miranda (21984a: 402; gesamter Verfassungstext: 401-523, weitere Texte, auf die sich die Verfassung bezieht, auf den Seiten 654-694)

<sup>23</sup> Einen kurzen Überblick gibt Miranda (1986a: 40-43).

<sup>24</sup> Zu weiteren Einzelheiten der Verfassung von 1976 siehe insbesondere Thomashausen (1981: 176-329; 384-476); zur gesellschaftspolitischen Entwicklung der jüngeren Zeitgeschichte siehe von Rahden (1997).

fähiger Kompromiß von insgesamt sechs in der Verfassungsgebenden Versammlung vertretenen Parteien war, von denen keine über die absolute Mehrheit verfügte, und die sich zwischen dem Druck der Straße, den Verpflichtungen des mit dem MFA geschlossenen Paktes und den Erwartungen des Revolutionsrats auf ein der damaligen Situation insgesamt doch angemessenes Verfassungswerk, das auch die Interessen der damaligen faktischen Machthaber — der Militärs — berücksichtigte, geeinigt hatten.

Aus all diesen Gründen muß die Verfassung von 1976 und der Staatstyp, den sie errichtete, in erster Linie als das Resultat eines doppelten historischen Kompromisses verstanden werden. Ein Kompromiß zwischen der militärischen Gewalt, die den demokratischen Umbruch möglich gemacht hatte und durch den Revolutionsrat verkörpert wurde, und der Zivilgesellschaft, die durch die in allgemeinen Wahlen bestätigten Parteien repräsentiert wurde; und ein Kompromiß zwischen ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften, die sich — grob vereinfacht — in zwei entgegengesetzte Lager aufteilen lassen: das demokratisch-liberale westlicher Prägung und das sozialisierend staatsorientierte Lager. Der Kompromißcharakter dieses wahrhaften «Gesellschaftsvertrages» fand seinen deutlichen Niederschlag in den stark programmatischen Staatszielbestimmungen, die neben der Gewährleistung von Demokratie, Pluralismus und Grundrechten auch den Übergang zum Sozialismus vorsahen (Art. 2 VRP a. F.). Er kommt weiterhin zum Ausdruck in dem erheblichen Umfang der Verfassung (heute insgesamt 298 Artikel), in dem «barocken» und «reglementierenden» Charakter einiger ihrer Passagen, in der häufigen Bezugnahme auf unbestimmte Begriffe und Generalklauseln, von denen einige eindeutig ideologisch geprägt sind, in dem sehr weiten Katalog der Grundrechte, in dem klassische, gegen den Staat gerichtete Abwehrrechte neben detailliert gefaßten sozialen Grundrechten stehen, und schließlich in der Existenz einer umfassenden Wirtschaftsverfassung, die einen breiten Raum für staatliche Intervention und Planung läßt. Die Verfassung ist daher als Versuch einer Synthese aus liberal-rechtsstaatlichem Grundrechtsverständnis und sozialstaatlich bis sozialistischer Wirtschaftsverfassung charakterisiert (Amaral / Polakiewicz 1996: 145).

### **Die erste Verfassungsrevision von 1982**

Die Verfassung von 1976 wurde 1982 umfassend geändert und von 312 auf 300 Artikel reduziert (vgl. Canotilho / Moreira <sup>2</sup>1984-1985; Miranda <sup>2</sup>1984a: 524-653); sie ist heute sowohl bezüglich ihres Gehalts wie auch in der Verfassungswirklichkeit großteils der Praxis anderer Staaten der Europäischen Union vergleichbar. In der oben zitierten Staatszielbestimmung des Art. 2 blieb der Sozialismus noch erhalten, wurde aber um den Begriff des Rechtsstaates, der für eine funktionierende Demokratie wesentlich ist (vgl. Wassermann 1988), ergänzt (vgl. auch Art. 9b):

Die Republik Portugal ist ein demokratischer Rechtsstaat auf der Grundlage der Volksherrschaft, der Achtung und Gewährleistung der Grundrechte und Grundfreiheiten, der demokratischen Meinungsvielfalt und dem Pluralismus der demokratischen politischen Organisation, dessen Ziel es ist, durch die



Verwirklichung der Demokratie in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur und durch die Vertiefung der partizipativen Demokratie den Übergang zum Sozialismus zu gewährleisten.<sup>25</sup>

Die Verfassungsrevision von 1982 erleichterte den 1986 vollzogenen Beitritt Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) und beendete vorläufig die von 1974 bis 1982 zu konstatierenden Auseinandersetzungen über die Staatsverfassung. Alle expliziten Verweise auf die Revolution oder den Sozialismus wurden getilgt, die verfassungsrechtliche Sonderrolle des Militärs beendet, der Revolutionsrat abgeschafft. Die Gesetzgebungsbefugnisse des Revolutionsrates gingen auf den parlamentarischen Gesetzgeber über. Es wurde ein unabhängiges Verfassungsgericht eingerichtet (vgl. Costa 1986 und 1989). Die Grundrechte wurden ausgebaut (vgl. Miranda 1986b). Die Wirtschaftsverfassung wurde bemerkenswerterweise jedoch nur in wenigen Punkten geändert. An den nach der Revolution erfolgten Verstaatlichungen wurde weiterhin festgehalten (Art. 83 der Verfassungen von 1976 und 1982), auch an der Zielvorstellung, die wichtigsten Produktionsmittel, Grund und Boden sowie die Naturschätze zu vergesellschaftlichen (Art. 80).<sup>26</sup>

Es wird bei der Diskussion um die Europäische Union oft übersehen, daß über die Mitgliedschaft erheblicher gesellschaftspolitischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Konvergenzdruck (bezogen auf das durchschnittliche Niveau der anderen Länder der Gemeinschaft) auf die einzelnen Mitgliedsstaaten ausgeübt wird. Seit dem 1986 erfolgten Beitritt, aus dem die portugiesische Wirtschaft insgesamt viele Vorteile ziehen konnte, ist das Land in vielerlei Hinsicht rechtlich und wirtschaftspolitisch gebunden und dem Wertekanon der Europäischen Union verpflichtet. Das bürgerlich-liberale Lager hat durch den Beitritt wahrscheinlich seinen seit 1974 mit dem sozialistisch-kommunistischen Lager geführten Kampf um die Ausgestaltung der portugiesischen Gesellschaft für lange Zeit entschieden. So konnten in einer zweiten Verfassungsrevision weitere Überbleibsel der revolutionären Phase beseitigt werden.

### **Die zweite Verfassungsrevision von 1989**

Durch das Verfassungsgesetz 1/89 vom 8. Juli 1989 nahm die bürgerliche Regierung der Sozialdemokratischen Partei (PSD), die in vielem eher mit der deutschen CDU als mit der deutschen SPD zu vergleichen ist, unter Premierminister Cavaco

---

<sup>25</sup> Eigene Übersetzung. Der Originaltext lautet: «A República Portuguesa é um Estado de direito democrático, baseado na soberania popular, no respeito e na garantia dos direitos e liberdades fundamentais e no pluralismo de expressão e organização política democráticas, que tem por objectivo assegurar a transição para o socialismo mediante a realização da democracia económica, social e cultural e o aprofundamento da democracia participativa.» (Canotilho / Moreira 1984-1985: I, 72).

<sup>26</sup> Vgl. Miranda (1986a: 57-62).

Silva die Beseitigung der letzten noch von sozialistischem oder kommunistischem Gedankengut geprägten Verfassungsbestimmungen vor, wobei sie sich zuvor mit der Sozialistischen Partei (PS) über die vorzunehmenden Änderungen ins Benehmen gesetzt hatte. Tatsächlich wurde die Verfassung lediglich der ohnehin bereits erreichten Verfassungswirklichkeit angepaßt. Erst durch die zweite Revision wurde eine Reprivatisierung der im Zuge der Nelkenrevolution enteigneten Unternehmen möglich.<sup>27</sup>

Auch wenn die Entwicklung der portugiesischen Verfassung von 1974 bis 1989 keineswegs linear verlaufen ist, so läßt sich doch im Rückblick feststellen, daß bereits die Verfassung von 1976 wesentliche Grundsätze des Rechtsstaatsprinzips enthielt und der heutige portugiesische Staat ein Rechtsstaat<sup>28</sup> ist, der sich mit der Bundesrepublik Deutschland in jeder Hinsicht vergleichen kann, viele Parallelen zum deutschen Recht — übrigens auch auf dem Gebiet des Zivil- und Strafrechts<sup>29</sup> — aufweist und sich mustergültig in die westeuropäische Wertegemeinschaft integriert. Der Korporativismus des *Estado Novo* gehört endgültig der Vergangenheit an, die pluralistische Gesellschaft des modernen Portugal gewährleistet jedem einzelnen das Grundrecht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit sowie die übrigen heute in Westeuropa wesentlichen Grundrechte. Keine andere Verfassung scheint die

<sup>27</sup> Vgl. Polakiewicz (1994). Einen kritischen Überblick über die Änderungen gibt Miranda (1989: 499-503) in Kurzfassung.

<sup>28</sup> Als Grundsätze des Rechtsstaats gelten in Portugal unter anderem der Vorrang der Verfassung (und somit der durch sie garantierten Grundrechte), die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Gewaltenteilung, der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, die Grundsätze des Rechtsschutzes und der Verfahrensgarantien, des Vertrauensschutzes und der Bestimmbarkeit gesetzlicher Regelungen (vgl. Amaral / Plakiewicz 1996: 148-149; 152-159). Auch infolge schlechter Erfahrungen mit der Judikative im *Estado Novo* wurden die heute in Europa unverzichtbaren Grundsätze des *Habeas corpus* (Art. 28) und *ne bis in idem* (Art. 29 Abs. 5) sowie das Verbot von Sondergerichten (Art. 211 Abs. 4) ausdrücklich verankert. Am Rande sei angemerkt, daß die neubegründete Gesetzmäßigkeit der Verwaltung weitreichende und umfassende Gesetzesänderungen erforderlich machte, um das portugiesische Verwaltungsrecht den Erfordernissen eines modernen Rechtsstaates anzupassen.

<sup>29</sup> Das Strafgesetzbuch wurde mit dem Gesetzesdekret Nr. 400/82 im Jahr 1982 in Kraft gesetzt (vgl. C. L. Monteiro 1992). Die zur Zeit gültige Strafprozeßordnung stammt aus dem Jahr 1987. Das portugiesische Zivilrecht, dessen umfassende Reform bereits 1977 eingeleitet worden war, ist in großen Teilen dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) verpflichtet. Vor allem im Familien- und Erbrecht brachte dies umfangreiche Änderungen mit sich (vgl. Monteiro 1992: 5: «C'est en droit de la famille et en droit des succession qu'on trouve les modifications les plus importantes issues de la réforme de 1977.»); erstmals wurde die rechtliche Gleichstellung der verheirateten Frauen, die zuvor im korporativen Staat Salazars dem männlichen «Familienoberhaupt» auch rechtlich untergeordnet waren, vollzogen und die Frau als selbständiges und uneingeschränkt geschäftsfähiges Rechtssubjekt anerkannt. Aus den rechtlichen Veränderungen, welche die Nelkenrevolution in Gang gesetzt hat, dürften in Portugal die Frauen bei weitem den größten Nutzen gehabt haben.

portugiesische Verfassung von 1989 so sehr beeinflusst zu haben wie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.<sup>30</sup> In der Folge ergaben und ergeben sich auch vielfältige Parallelen in der Rechtsprechung der verschiedenen Instanzen beider Länder bis zum Verfassungsgericht.<sup>31</sup> Der Grundrechtskatalog der portugiesischen Verfassung ist dementsprechend ausführlich und umfassend; eine verfassungsrechtliche Besonderheit stellt das Bekenntnis zu seiner Offenheit dar, so daß explizit als Recht gesetzt wird, daß die Festlegung der aufgeführten Grundrechte weitere durch Gesetz oder internationales Recht festgelegte Rechte nicht ausschließt (Art. 16 Abs. 1). Bemerkenswert ist, daß auch «Freiheiten und Garantien der Arbeiter» (Art. 53 ff.) sowie «wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und Pflichten» (Art. 58 ff.) garantiert werden.

Dabei nimmt der den Grundrechten und -pflichten gewidmete Teil I der Verfassung eine klare Trennung zwischen den «Freiheiten, Rechten und Garantien» (Kapitel II), zu denen sowohl die persönlichen Grund- und Freiheitsrechte als auch die Rechte der politischen Partizipation und die Freiheiten und Garantien der Arbeiter gehören, einerseits und den «wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten und Pflichten» (Kapitel III) andererseits vor. Die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen von Rechten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Während die Grundrechte und -freiheiten garantiert werden (vgl. Präambel, Art. 2 und Art. 9 lit. b VRP), wird hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte nur eine Pflicht des Staates statuiert, ihre Verwirklichung «mittels der Umwandlung und Modernisierung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen» zu fördern (Art. 9 lit. d VRP).
- Die Rechte, Freiheiten und Garantien binden als unmittelbar anwendbares Recht öffentliche und private Einrichtungen (Art. 18 Abs. 1 VRP). Demgegenüber werden Inhalt und Reichweite der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte in erheblichem Umfang durch das konkretisie-

<sup>30</sup> Vgl. Costa (1989b: 25): «Quanto à doutrina constitucionalista portuguesa [...], pode dizer-se que tem continuado atenta aos contributos que lhe pode fornecer a sua congénere germânica — quer, nomeadamente, para a discussão de temas de enquadramento geral da ‘teoria da Constituição’, quer para o tratamento de problemas mais específicos da dogmática jurídico-constitucional.»

<sup>31</sup> Vgl. erneut Costa (1989b: 26-27): «[...] pode [...] afirmar-se [...] que o Tribunal Constitucional português, nestes seus primeiros seis anos de funcionamento, não deixou de confrontar-se e de ter de dar resposta a um conjunto de problemas jurídico-constitucionais e metodológicos em boa parte paralelos, se não idênticos, aos que ocuparam o seu similar alemão-ocidental — em particular [...] no domínio dos direitos fundamentais [...]. E o que pode também salientar-se é que nessas decisões — seja em resultado da sua autónoma reflexão, seja sob o influxo da doutrina nacional (uma doutrina à qual não é estranho o debate desses problemas nas literaturas estrangeiras, e mormente, como vimos, na literatura alemã) — não deixou o Tribunal de chegar a resultados ou soluções convergentes com os apurados pelo *Bundesverfassungsgericht*, ou de percorrer caminhos metódicos (lembrem-se só os da ‘interpretação conforme à Constituição’ ou da ‘inconstitucionalidade parcial’, mesmo ‘qualitativa’) paralelos ou similares aos por ele adoptados e largamente desenvolvidos.»

rende und ausgestaltende Tätigwerden des Gesetzgebers bestimmt, das diesen Rechten erst ihre volle Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit verleiht.<sup>32</sup>

- Die Verfassung enthält nur hinsichtlich der Rechte, Freiheiten und Garantien besondere Regelungen über Einschränkungen, Geltung während des Belagerungs- und Ausnahmezustandes, Befehlsverweigerungs- und Widerstandsrecht, Gesetzgebungszuständigkeiten von Parlament und Regierung (vgl. Art. 17 ff.; 164, 167, 168 Abs. 1 lit. b VRP). Weder die Rechte, Freiheiten und Garantien noch die Rechte der Arbeiter, Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Vereinigungen können im Wege der Verfassungsrevision beseitigt werden (Art. 288 lit. d und e VRP) (Amaral / Polakiewicz 1996: 150-151).

Inwieweit das Prinzip des «demokratischen Rechtsstaates», den die portugiesische Verfassung in Art. 2 nennt, über die in der Verfassung einzeln verankerten rechtsstaatlichen Prinzipien hinausgeht, ist in der Rechtswissenschaft umstritten. Folgt man der wesentlich in der alten Bundesrepublik Deutschland entwickelten Lehre der materiellen Rechtsstaatlichkeit, so wird man mit Rudolf Wassermann sagen können, daß eine Demokratie im modernen Sinne ohne einen Rechtsstaat nicht lebensfähig ist. Insofern die Formulierung des Art. 2 der Verfassung von 1989 möglicherweise ein nur formales Rechtsstaatsverständnis ausschließt, ergeben sich in Portugal deutliche Parallelen zu dieser vom deutschen Bundesverfassungsgericht mitentwickelten Lehre materieller Rechtsstaatlichkeit. Das durch eine konsequente, dem deutschen Bundesverfassungsgericht vergleichbare Rechtssprechung charakterisierte, seit 1983 tätige portugiesische Verfassungsgericht hat wesentlichen Anteil an der Ausgestaltung der portugiesischen Verfassungswirklichkeit und fungiert als effektives Normenkontrollorgan. Es hat die in der Verfassung enthaltenen Grundrechte nicht nur immer wieder gewährleistet, sondern insbesondere auch ausgebaut und weiterentwickelt sowie unklare Verfassungsbestimmungen durch Auslegung präzisiert.

Bedenkt man, daß seit der Nelkenrevolution erst 23 Jahre vergangen sind, so ist in dieser angesichts der gesamten portugiesischen Geschichte verhältnismäßig kurzen Zeitspanne sehr viel erreicht worden. Nie zuvor wurden dem portugiesischen Volk derart umfassende Rechte und Rechtsgarantien gewährt. Daß in der Praxis insbesondere infolge Personalknappheit und schlechter Verwaltungsorganisation noch erhebliche Defizite in der Gerichtsorganisation bestehen, welche auch Einfluß auf die Verfahrensdauer in Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsprozessen haben, ist ein Negativum, das Portugal leider mit vielen anderen europäischen Staaten — nicht zuletzt mit Italien und der Bundesrepublik Deutschland — teilt; eine unangemessen lange Verfahrensdauer wurde bereits mehrfach vom Europäischen Gerichtshof für

<sup>32</sup> Da es sich bei den «wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten» nicht um Grundrechte, sondern lediglich um Staatsziele handelt, liegt es auf der Hand, daß sie der Konkretisierung durch den Gesetzgeber bedürfen.

Menschenrechte gerügt. Mit Gesetz vom 20. August 1992 (Gesetz Nr. 24/92) und Gesetzesverordnung vom 17. Juni 1994 (Nr. 222/94) wurden daher Reformen eingeleitet, die eine Verfahrensbeschleunigung und eine Neuorganisation des Gerichtswesens zum Ziel haben. Auch dies sollte aber nicht den Blick dafür verstellen, daß Portugal in erstaunlich kurzer Zeit verfassungsrechtlich wie auf dem Gebiet des Straf-, Zivil- und Verwaltungsrechts den Anschluß an den Standard von Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich geschafft hat, in einzelnen Punkten des Zivilrechts — etwa bei der Frage der Behandlung von Ehen ohne Tauschein — und des Strafrechts — hier etwa hinsichtlich der Begrenzung der möglichen Höchststrafe unter Berücksichtigung allgemeiner Grund- und Menschenrechte — sogar Entwicklungen vorweggenommen hat, die sich aktuell auch in Deutschland anzubahnen scheinen. Entgegen der in Deutschland verbreiteten Heterostereotypen<sup>33</sup> einer angeblichen Rückständigkeit Portugals, die auf manchen Gebieten des Wirtschaftslebens allerdings durchaus noch zu konstatieren ist, hat Portugal in rechtlicher Hinsicht mit Deutschland nicht nur generell gleichgezogen, sondern durch die Dynamik der gesellschaftlichen Veränderungen, die es von 1974 bis 1989 durchlief, die Rechtsprechung der Bundesrepublik auf einigen Gebieten wohl auch 'überholt'. Aufgrund der nunmehr ähnlichen Rechtsprechung der Verfassungsgerichte und der weitgehenden Übereinstimmung der Grundrechtskataloge der Verfassungen beider Länder liegt eine weitere und weitergehende «Konvergenz» der portugiesischen und bundesdeutschen Rechtsprechung durchaus im Bereich des Möglichen. Zusätzlicher Konvergenzdruck ergibt sich aus der Mitgliedschaft beider Länder in der Europäischen Union.

### Bibliographie

- Amaral, Maria Lúcia (1993): «Die autonomen Regionen — Azoren und Madeira — nach der portugiesischen Verfassungsrechtsprechung», in: Jayme (1993: 105-128).
- Amaral, Maria Lúcia / Polakiewicz, Jörg (1996): «Rechtsstaatlichkeit in Portugal», in: Hofmann / Marko / Merli / Wiederin (1996: 141-166).
- Andrade, José Carlos Vieira de (1991): *O dever da fundamentação expressa de actos administrativos*, Coimbra: Almedina.
- Ascensão, José de Oliveira (1989): *Estudos sobre expropriações e nacionalizações*, Lisboa: Imprensa Nacional; Casa da Moeda.
- Ascensão, José de Oliveira (1993): *O Direito: introdução e teoria geral; uma perspectiva luso-brasileira*, Coimbra: Almedina.

---

<sup>33</sup> Siehe zu deutschen Vorurteilen über Portugal und die Portugiesen Offenhäuser (1997).

- Birmingham, David (1993): *A Concise History of Portugal*, Cambridge: Cambridge University Press (Cambridge Concise Histories).
- Briesemeister, Dietrich (1997a): «Der *Estado Novo* des António de Oliveira Salazar», in: Briesemeister, Dietrich / Schönberger, Axel (Hrsg.) (1997): *Portugal heute: Politik — Wirtschaft — Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 159-179.
- Briesemeister, Dietrich (1997b): «Die Verfassung des *Estado Novo*», in: Briesemeister, Dietrich / Schönberger, Axel (Hrsg.) (1997): *Portugal heute: Politik — Wirtschaft — Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 181-186.
- Canotilho, José Joaquim Gomes (<sup>6</sup>1993): *Direito Constitucional*, Coimbra: Almedina.
- Canotilho, José Joaquim Gomes / Moreira, Vital (1991): *Fundamentos da Constituição*, Coimbra: Coimbra Editora.
- Canotilho, José Joaquim Gomes / Moreira, Vital (<sup>1</sup>1978): *Constituição da República Portuguesa anotada*, Coimbra: Coimbra Editora.
- Canotilho, José Joaquim Gomes / Moreira, Vital (<sup>2</sup>1984-1985): *Constituição da República Portuguesa anotada*, 2 Bde., Coimbra: Coimbra Editora (Bd. 1: 1984; Bd. 2: 1985).
- Canotilho, José Joaquim Gomes / Moreira, Vital (<sup>3</sup>1993): *Constituição da República Portuguesa anotada*, Coimbra: Coimbra Editora.
- Coelho, Mário Baptista (Hrsg.) (1989): *Portugal: o sistema político e constitucional, 1974-1987*, Lisboa: Instituto de Ciências Sociais.
- Costa, J. M. Cardoso da (1986): «Die Verfassungsgerichtsbarkeit in Portugal», in: Starck, Christian / Weber, Albrecht (Hrsg.) (1986): *Verfassungsgerichtsbarkeit in Westeuropa*, Baden-Baden: Nomos, S. 279-307.
- Costa, J. M. Cardoso da (1989a): «O Tribunal Constitucional Português: a sua origem histórica», in: Coelho (1989: 913-932).
- Costa, José Manuel M. Cardoso da (1989b): «A Lei Fundamental de Bona e o direito constitucional português», in: *Boletim da Faculdade de Direito de Coimbra* 65, S. 1-27.
- Dias, Jorge de Figueiredo (1988): *Direito Processual Penal*, Coimbra: Coimbra Editora.
- Dias, Jorge de Figueiredo (1993): *Direito Penal Português: parte geral*, Lisboa.
- Eisfeld, Rainer (1984): *Sozialistischer Pluralismus in Europa: Ansätze und Scheitern am Beispiel Portugals*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Ferreira, Manuel de Cavaleiro (1992): *Lições de Direito Penal*, 2 Bde., Lisboa: Verbo.
- Ferreira, Eduardo de Sousa / Opello Jr., Walter C. (Hrsg.) (1985): *Conflict and Change in Portugal 1974-1984 / Conflitos e Mudanças em Portugal 1974-1984*, Lisboa: Teorema.

- Ferreira, José Medeiros (<sup>2</sup>1990): *Ensaio histórico sobre a Revolução do 25 de Abril*, Lissabon: Publicações Alfa.
- Ferreira, José Medeiros (1994): «Portugal em transe (1974-1985)», in: Mattoso, José (Hrsg.): *História de Portugal*, Band VIII, Lissabon: Círculo de Leitores.
- Hofmann, Rainer (1996): «Die Bindung staatlicher Macht», in: Hofmann / Marko / Merli / Wiederin (1996: 3-29).
- Hofmann, Rainer / Marko, Joseph / Merli, Franz / Wiederin, Ewald (Hrsg.) (1996): *Rechtsstaatlichkeit in Europa*, Heidelberg: C. F. Müller.
- Horn, Hans R. / Weber, Albrecht (Hrsg.) (1989): *Richterliche Verfassungskontrolle in Lateinamerika, Spanien und Portugal*, Baden-Baden: Nomos.
- Jayme, Erik (Hrsg.) (1993): *Deutsch-Lusitanische Rechtstage: Symposium in Heidelberg, 29.-30. 11. 1991*, Baden-Baden: Nomos.
- Jayme, Erik (Hrsg.) (1994): *2. Deutsch-Lusitanische Rechtstage: Seminar in Heidelberg, 20.-21. 11. 1992*, Baden-Baden: Nomos.
- Martins, Guilherme d'Oliveira / Nohlen, Dieter / González Encinar, José Juan / Vitorino, António / Magalhães, José / Sampaio, Jorge (1988): *A Revisão Constitucional e a Moção de Censura Construtiva: actas do seminário organizado pelo Gabinete de Estudos do Partido Socialista e pela Fundação Friedrich Ebert, em Lisboa, nos dias 22 e 23 de Janeiro de 1988*, Lisboa: Friedrich Ebert-Stiftung.
- Maxwell, Kenneth (1995): *The Making of Portuguese Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Medina, João (Hrsg.) [1986]: *História contemporânea de Portugal*, 5 Bde., Lisboa: Amigos do Livro.
- Merli, Franz (1996): «Der Rechtsschutz», in: Hofmann / Marko / Merli / Wiederin (1996: 31-37).
- Miranda, Jorge (1975): *A Revolução de 25 de Abril e o Direito Constitucional*, Lisboa.
- Miranda, Jorge (1978a): *A Constituição de 1976: formação, estrutura e princípios fundamentais*, Lisboa: Petrony.
- Miranda, Jorge (1978b): *Fontes e trabalhos preparatórios da Constituição*, 2 Bde., Lisboa: Imprensa Nacional; Casa da Moeda.
- Miranda, Jorge (<sup>2</sup>1984a): *As constituições portuguesas de 1822 ao texto actual da Constituição*, Lisboa: Petrony.
- Miranda, Jorge (1984b): «A interpretação da constituição económica», in: *Estudos em homenagem ao Professor Afonso Rodrigues Queiró*, Coimbra: Faculdade de Direito, S. 281-291.
- Miranda, Jorge (1986a): *O essencial sobre a Constituição portuguesa*, Lisboa: Imprensa Nacional; Casa da Moeda.

- Miranda, Jorge (1986b): «Os direitos fundamentais na ordem constitucional portuguesa», in: *Revista española de derecho constitucional* 6/18, S. 107-138.
- Miranda, Jorge (Hrsg.) (1987): *Nos dez anos da Constituição*, Lisboa: Imprensa Nacional; Casa da Moeda.
- Miranda, Jorge (1989): «A Constituição e as suas revisões», in: *Brotéria* 129/6, S. 483-503.
- Miranda, Jorge (<sup>4</sup>1990): *Manual de Direito Constitucional*, Bd. 1, Coimbra: Coimbra Editora.
- Monteiro, António Pinto (1992): «La codification en Europe: le Code Civil Portugais», in: *Boletim da Faculdade de Direito* 68, S. 1-16.
- Monteiro, Cristina Líbano (1992): «O Código Penal de 1982: subsídio para uma compreensão histórica da sua génese», in: *Boletim da Faculdade de Direito* 68, S. 265-282.
- Nataf, Daniel (1995): *Democratization and Social Settlements: the Politics of Change in Contemporary Portugal*, Albany: State University of New York Press.
- Nunes, António José Avelãs (1985): «A garantia das nacionalizações e da delimitação dos sectores públicos e privados no contexto da Constituição Económica Portuguesa», in: *Boletim da Faculdade de Direito* 61, S. 23-70.
- Offenhäuser, Dieter (1997): «Das Bild Portugals in Deutschland», in: Briesemeister, Dietrich / Schönberger, Axel (Hrsg.) (1997): *Portugal heute: Politik — Wirtschaft — Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 899-938.
- Piçarra, Nuno (1994): «Die Einflüsse des deutschen Verfassungsrechts auf das portugiesische Verfassungsrecht», in: Jayme (1994: 55-65).
- Polakiewicz, Jörg (1994): «Die Entwicklung der verfassungsrechtlichen Eigentums-garantie im modernen Portugal: von den Nationalisierungen der Nelkenrevolution zu den Reprivatisierungen nach der 2. Verfassungsrevision», in: Jayme (1994: 71-91).
- von Rahden, Manuel (1997): «Portugiesische Zeitgeschichte: von der Nelkenrevolution bis zum Jahr 1997», in: Briesemeister, Dietrich / Schönberger, Axel (Hrsg.) (1997): *Portugal heute: Politik — Wirtschaft — Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 213-245.
- Reis, António (Hrsg.) (1994): *Portugal: 20 anos de democracia*, Lissabon: Círculo de Leitores.
- A revisão constitucional* (1980), über zwei Hefte reichender Themenschwerpunkt der Zeitschrift *Democracia e Liberdade* 15-16.
- Rosas, Fernando (Hrsg.) (1992): *Portugal e o Estado Novo (1930-1960)*, Lisboa: Presença (=Serrão, Joel / Marques, A. H. de Oliveira (1992): *Nova História de Portugal*, Bd. 12).



- Schönberger, Axel (1997): «Die portugiesische Geschichte von den Anfängen bis zur Nelkenrevolution im Abriß», in: Briesemeister, Dietrich / Schönberger, Axel (Hrsg.) (1997): *Portugal heute: Politik — Wirtschaft — Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 119-158.
- Sequeira, Rosa Maria (1986): «A evolução da sociedade portuguesa desde a revolução até aos nossos dias», in: *Lusorama* 3 (Juni), S. 27-30.
- Silva, Germano Marques da (1993-1994): *Curso de processo penal*, 3 Bde., Lisboa: Verbo.
- Soares, Mário (1976): *Portugal: welcher Weg zum Sozialismus?*, Interview mit Dominique Pouchin, Berlin: Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung.
- Spínola, António de (1974): *Portugal e o Futuro*, Lissabon: Arcádia.
- Stern, Klaus / Heldrich, Andreas / Blank, Hubert / Hopt, Klaus J. / Richardi, Reinhard / Ströer, Heinz / Deisenhofer, Ulrich / Jescheck, Hans-Heinrich / Janiszewski, Horst / Maurer, Hartmut / Boehm-Tettelbach, Wolfgang / Breuer, Rüdiger / Meincke, Jens Peter (<sup>2</sup>1988): *Einführung in das deutsche Recht*, München: Deutscher Taschenbuchverlag (Beck-Rechtsberater im dtv; 5040).
- Teles, Miguel Galvão (1989): «A revolução portuguesa e a teoria das fontes de direito», in: Coelho (1989: 561-568).
- Thomashausen, André (1981): *Verfassung und Verfassungswirklichkeit im neuen Portugal*, Berlin: Duncker & Humbolt.
- Vergottini, Giuseppe de (1977): *Le origini della seconda repubblica portoghese*, Milano: Giuffrè.
- Wassermann, Rudolf (1988): *Rechtsstaat ohne Rechtsbewußtsein?*, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Wiarda, Howard (1989): *The Transition to Democracy in Spain and Portugal*, Lanham (Md.): American Enterprise Institute.